

## Die Arbeitsgemeinschaft gegen alles.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (der abgesplitterte Teil der deutschen Reichstagsfraktion) hat in den letzten Julitagen eine Fraktionsstimmung abgehalten, in der beschlossen wurde:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft legt entschiedenste Verwahrung ein gegen den Beschluß des Parteiausschusses, der dem Parteivorstand die Einberufung einer Reichsparteikonferenz während der Kriegszeit anrät. Eine solche Reichskonferenz würde aus denselben Gründen ungerechtfertigt sein wie ein Kriegsparteitag. In einer Zeit, in der der Opposition in der Partei die freie Aussprache in Versammlungen und in der Presse unmöglich gemacht ist, könnte die geplante Konferenz, anstatt Klärung zu bringen, nur Verwirrung stiften. Das Interesse der Partei verlangt unbedingt, daß erst nach Friedensschluß ein zur Regelung der Parteidifferenzen berechtigter Parteitag zusammentritt, also zu einer Zeit, in der volle Meinungsfreiheit für die Verhandlungen in Versammlungen und die Aussprache in der Presse bereits genügende Zeit in Kraft gewesen ist. Sollte jedoch allen Protesten zuwider der Parteivorstand auf der Abhaltung einer Parteikonferenz bestehen, so fordern wir unsere Freunde auf, überall bei

zeiten darauf hinzuwirken, daß die Opposition möglichst zahlreich auf dieser Konferenz vertreten ist, um allen Hindernissen zuwider unsere Ansichten dort zur Geltung zu bringen.

Eine in Nürnberg am 23. Juli zusammengetretene Konferenz von Parteigenossen hat sich mit dem Plan befaßt, die Ausstragung der bestehenden Parteidifferenzen zu mildern. Da vieldeutige Mitteilungen über diese Zusammenkunft den Glauben erweckt haben, daß Mitglieder unserer Fraktion an dieser Zusammenkunft beteiligt waren, und da außerdem an einzelne Fraktionsmitglieder die Auforderung zu nachträglicher Zustimmungserklärung zu den Konferenzbeschlüssen ergangen ist, stellt die Fraktion fest: Kein einziges Mitglied der Fraktion hat an der Konferenz selbst oder an deren Vorbereitung mitgewirkt. Ferner ist die Fraktion einstimmig der Meinung, daß die erwähnten Bemühungen keine nützliche Wirkung haben können und deshalb die Zustimmung zu den Beschlüssen abzulehnen ist.

Also die Arbeitsgemeinschaft ist gegen einen Parteitag, ist gegen eine Parteikonferenz, ist auch gegen alle Versuche, die Ausstragung der bestehenden Parteidifferenzen zu mildern; ihrer Weisheit erster und letzter Schluß ist, daß alles bis „nach Friedensschluß“ vertagt werden müsse, daß sich also die größte deutsche Partei von allen Entscheidungen über Krieg und Frieden auszuschalten habe. Und inzwischen soll die Bersekung der Partei munter weitergehen! Auf der einen Seite hält man eine internationale Sozialistenkonferenz für möglich und ersprießlich (siehe Kautskys Artikel), auf der anderen Seite ist jeder Versuch einer gemeinsamen Beratung der deutschen Parteigenossen ein Verbrechen. Das verstehe, wer da kann!